

Forderungspapier zur EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO)

Die Wiederherstellungsverordnung (WVO) gefährdet in ihrer derzeitigen Ausgestaltung den Fortbestand der Wälder. Vielerorts wird ein Waldzustand eingefordert, der aufgrund der Klimaveränderungen nicht mehr überlebensfähig ist. Die WVO bremst damit den dringend notwendigen Waldumbau mit klimafesten Baumarten und das Engagement der Waldbesitzer für zukunftsfähige Wälder aus. Der statische Ansatz der WVO setzt nicht nur die unverzichtbaren Leistungen der Wälder für unsere Gesellschaft aufs Spiel, sondern konterkariert auch die Stärkung der Biodiversität.

Daher fordert der Deutsche Forstwirtschaftsrat eine grundlegende und tiefgreifende Überarbeitung der WVO sowie eine Aussetzung der nationalen Umsetzung.

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, den betroffenen Waldeigentümern und weiteren relevanten Interessenträgern muss die Verordnung so angepasst werden, dass die notwendige Flexibilität, Praxistauglichkeit und Planungssicherheit vor Ort gewährleistet bleibt und inhaltliche Fehler beseitigt werden. Zentrale Forderungen des Deutschen Forstwirtschaftsrates für eine praxistaugliche WVO sind:

1. Demokratische Legitimation sichern, Subsidiarität achten

Die WVO ist von Misstrauen gegenüber den Waldbesitzern geprägt, greift in Eigentumsrechte, Planungshoheit und Nutzungsmöglichkeiten ein und verletzt das Subsidiaritätsprinzip. Unvermeidbare Entscheidungen verfassungsrelevanter Tragweite bedürfen einer breiten demokratischen Legitimation auch in den Mitgliedsstaaten.

2. Kein neues, flächendeckendes Schutzgebietssystem durch die Hintertür

Die WVO darf nicht zu großflächigen Bewirtschaftungseinschränkungen führen. Der Wald muss als bewirtschafteter Naturraum mit einer Vielfalt an ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Leistungen erhalten bleiben. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer müssen flexibel und regional angepasst auf die Dynamik des Klimawandels reagieren können.

3. Lebensraumvorgaben müssen klar, messbar und praxistauglich sein

Zukünftige Lebensräume dürfen nicht durch untaugliche Detailvorgaben definiert werden. Vielmehr müssen die biogeografischen Regionen in den Blick genommen werden, nicht der einzelne Quadratmeter. Erforderlich sind sachlich relevante Kriterien und begründete Mindestgrößen, die Waldbesitzern und Forstbetrieben echte Planungssicherheit geben.

4. Aktive Forstwirtschaft als Teil der Lösung anerkennen

Nachhaltige Forstwirtschaft leistet einen zentralen Beitrag zu Biodiversität und Klimaschutz und muss zur tragenden Säule der EU-Bioökonomie werden. Die WVO darf den Beitrag der Forstwirtschaft zur Grünen Transformation nicht behindern. Die Leistungen der Forstwirtschaft müssen auf EU-Ebene ausdrücklich anerkannt und finanziell abgesichert werden.

5. Keine Überforderung der Waldbesitzer – Rechtssicherheit und faire Finanzierung gewährleisten

Adressaten der Verordnung sind die Mitgliedstaaten. Waldbesitzer dürfen nicht durch direkte Verbote, unklare Rechtsbegriffe oder persönliche Pflichten überlastet werden. Sie brauchen Vertrauen und Unterstützung, nicht noch mehr Bürokratie. Zusätzlicher Aufwand muss durch einen europäischen Wiederherstellungsfonds fair ausgeglichen werden. Klare Leitlinien und eindeutige Auslegungsregeln sind erforderlich, um widersprüchliche Genehmigungs- und Prüfpflichten zu vermeiden.